

Frage des Monats

Der pax christi Diözesanverband Münster sucht den politischen Dialog zu aktuellen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.

In diesem Jahr stellen wir ausgewählten politischen Vertretern jeden Monat eine Frage, zu der wir unterschiedliche oder gegensätzliche Meinungsäußerungen erwarten. Wir veröffentlichen ihre Antworten und bitten jeweils ein Mitglied aus unserer Bewegung um einen Kommentar. Alle Texte stellen wir auf unsere Homepage.

So möchten wir zur Auseinandersetzung und Meinungsbildung über friedensrelevante Themen beitragen.

Februar

Unsere Frage:

„Die Bundeswehr verfolgt verschiedene Strategien, um **Nachwuchs für die Berufsarmee** zu gewinnen. Unter anderem führt sie Karriereberatungen an weiterführenden Schulen durch und bietet Erlebniscamps für Jugendliche an. Wie lässt sich nach Ihrer Überzeugung verhindern, dass so die Abenteuerlust junger Menschen oder die Unsicherheiten bei der Berufsorientierung ausgenutzt, die Gefahren von Kriegseinsätzen jedoch ausgeblendet werden? Und wie beurteilen Sie die Rekrutierung von Minderjährigen, für die gerade der "Red-Hand-Day" (12.2.2017) eine kritische Aufmerksamkeit schaffen will?“

Es antwortet

- Marc Würfel-Elberg (CDU, Münster):

„Die Bundeswehr dient uns allen und geht in die Einsätze, die unsere gewählten Vertreter für richtig erachten, daraus erwachsen Interesse und Verantwortung des Staates an der personellen Ausstattung unserer Bundeswehr. Da unsere Gesetze vorsehen, dass auch 17-Jährige mit Zustimmung ihrer Eltern bereits bei der Bundeswehr dienen dürfen, dürfen diese auch vorher schon informiert werden, was auch sinnvoll ist, damit diese sich nicht mit falschen Vorstellungen bewerben. Auch die UN-Kinderechtskonvention sieht in Artikel 28 a sogar vor "Bildungs- und Berufsberatung allen Kindern verfügbar und zugänglich (zu) machen". Dazu leisten die Karriereberater einen Beitrag, um darüber zu informieren, wie junge Menschen nach der Schule uns in unserer Parlamentsarmee dienen können – denn letztlich wirbt nicht die Bundeswehr, sondern unser Staat und damit wir alle als

Gemeinwesen!

Bei Gelöbnissen der Wehrpflichtigen kam i.d.R. die Familie mit in die Kaserne und die Brüder und Schwestern der Soldaten hatten dabei die Gelegenheit, die Umgebung ihres Bruders kennenzulernen. Die wenigen Abenteuercamps können diesen Kontaktverlust nicht kompensieren. Wenn diese auch den Schwerpunkt auf den persönlichen Austausch mit Soldaten und sportliche Gruppenerfahrungen legen, bedeutet das nicht, dass die Gefahren von Auslandseinsätzen ausgeblendet werden, denn die Soldaten werden darüber auch Auskunft geben. Die Streitkräfte haben kein Interesse daran, dass junge Menschen unter falschen Vorstellungen angelockt werden und sich nicht mit dem Thema Tod und Verwundung auseinandersetzen. Wer sich länger verpflichten möchte, wird in Bewerberzentralen auf Herz und Nieren geprüft und gerade auf diese Themen angesprochen, denn es kommt in Zeiten ausgesetzter Wehrpflicht darauf an, genügend Menschen zu gewinnen, die freiwillig bereit sind, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, wie es in der Eidesformel heißt. Dazu gehört auch der Schutz derjenigen, die bei uns Zuflucht gefunden haben. Eine verantwortungsvolle Aufgabe, die Respekt verdient.“

- Claus Dalinghaus (CDU, Vechta):

„Gem. Artikel 4 Absatz 3 unseres Grundgesetzes (GG) darf niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Dieses Grundrecht darf (...) gem. Artikel 19 Absatz 2 GG in keinem Falle in seinem Wesensgehalt angetastet werden. Das Grundgesetz sieht gemäß Artikel 26 Absatz 1 und Artikel 87a Absatz 2 eine Verteidigungsarmee vor und der Bund hat dadurch den Auftrag, Streitkräfte zur Verteidigung aufzustellen. Die aus diesem Auftrag resultierenden Aufgaben der Bundeswehr sind im aktuellen „Weißbuch“ niedergeschrieben. Danach hat die Bundeswehr insbesondere den Auftrag, Deutschlands Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die Sicherheit und Stabilität im internationalen Rahmen zu fördern und die europäische Integration, transatlantische Partnerschaft und multinationale Zusammenarbeit zu stärken. (...)

Ich bin überzeugt, dass über diese anspruchsvollen Aufgaben großer gesellschaftlicher Konsens besteht. Um die genannten Aufgaben korrekt erfüllen zu können, benötigt die Bundeswehr auf allen Ebenen geeignete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. (...) Deshalb halte ich es für zulässig, dass die Bundeswehr nach dem Wegfall der allgemeinen Wehrpflicht bei jungen Menschen für den Beruf des Zeitsoldaten wirbt. Dazu gehört für mich auch eine sachliche Information über die Aufgaben und Befugnisse der Bundeswehr in den höheren Klassen an weiterführenden Schulen. Die Bundeswehr muss meiner Meinung nach aber ausschließlich sachlich informieren und umfassend über mögliche (persönliche) Folgen eines Militäreinsatzes für die einzelnen Soldatinnen oder Soldaten aufklären.

Für genauso wichtig halte ich, dass in den Schulen im Sozialkundeunterricht schon früh die Themen „Aufgaben der Bundeswehr“ und „Militäreinsatz“ mit allen

möglichen Folgen für unseren Staat, für die Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere für die Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien pädagogisch erarbeitet werden. Dann können junge Menschen nach meiner Auffassung aufgrund sachlicher und objektiver Informationen selbst frei entscheiden, ob sie Soldatin oder Soldat werden wollen. Eine Rekrutierung von Kindern lehne ich mit Verweis auf die Genfer Konventionen entschieden ab.“ (leicht gekürzt)

- Hugo Elkemann (Friedenskooperative Münster):

„Die Bundeswehr hat in der Rekrutierung junger Menschen für ihren Einsatz Probleme und versucht zunehmend Jugendliche mit Karriereproblemen (z.B. Schulabbrecher, Arbeitslose) zu gewinnen. Daneben wird mit der Möglichkeit geworben unter Umgehung des NC an der Bundeswehrhochschule zu studieren. All diesem Werben ist gemeinsam, dass Zukunftsunsicherheit ausgenutzt wird und junge Menschen glauben mit einer Bewerbung bei der Bundeswehr von Auslands- und anderen Kampfeinsätzen verschont zu bleiben. Aber selbst als Sanitäter(in) oder Arzt/Ärztin werden die Menschen in den Krieg einbezogen, entweder als Opfer oder auch als Täter. Somit handelt es sich um ein ‚Werben fürs Sterben‘. Dagegen Aufstehen hat viele Möglichkeiten. An Schulen und im Jobcenter müssen Lehrer und Berater gefordert werden, fachlich saubere und gute Arbeit zu leisten. In der Politik muss Glaubwürdigkeit hergestellt werden durch Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Hier muss unsere Sprache ehrlicher werden. (Verantwortung übernehmen heißt nicht Kriegsvorbereitung, sondern Kooperation und Entspannung; Sicherheit darf nicht Aufrüstung heißen.) Die Weltwirtschaftsordnung muss gerechter werden.

Laut UN-Kinderrechtskonvention (von der Bundesrepublik unterzeichnet) verstößt die Rekrutierung Minderjähriger gegen Kinderrechte. Dann hat die Bundeswehr an Schulen nichts zu suchen. Erst recht sollten Werbeveranstaltungen, bei denen Kinder auf Panzern oder mit Gewehren spielen, nicht nur nicht zugelassen sein. Die Verantwortlichen hierfür müssen zur Verantwortung gezogen und bestraft werden. Neben diesen rechtlich und moralisch wohl selbstverständlichen Positionen muss In den Schulen und Hochschulen Friedenserziehung und Friedens- und Konfliktforschung einen bedeutenden Stellenwert erhalten und angemessen gefördert werden (aktuell wenigstens in Höhe des Werbeetats der Bundeswehr). Darüber hinaus muss eine Werbung für Entwicklungshelfer und Friedensarbeiter einen eigenständigen Stellenwert bekommen.

Wir müssen eine Welt ohne Waffen zuerst denken und auch gestalten.

Ein erster Schritt kann die Organisation und Beteiligung an Osteraktionen für den Frieden sein.“

Es kommentiert

- Veronika Hüning, Gescher:

„Die Antworten der beiden CDU-Vertreter bekräftigen die bestehenden Verhältnisse. Da die Bundeswehr eine verfassungskonforme Einrichtung ist, halte ich Forderungen für unrealistisch, die auf ein radikales „Schulverbot“ hinauslaufen, wie es in der Kampagne „Kein Werben fürs Sterben!“ u.a. von der Friedenskooperative Münster vertreten wird. Sowohl die Schulministerien als auch die allermeisten Schulleitungen halten es für richtig, dass im Rahmen der Berufsorientierung auch der Beruf des Soldaten / der Soldatin innerhalb einer Berufsarmee vorgestellt werden kann. Ich gebe allerdings zu bedenken, dass die Aufträge an die Bundeswehr inzwischen weit über die im Grundgesetz vorgesehene Landesverteidigung hinausgehen und teilweise höchst umstrittene Interventionen in internationale Konflikte bedeuten. In reinen „Karriereberatungen“ lässt sich das kaum angemessen darstellen. Dass ernsthaft interessierten Bewerber*innen auch die Gefahren von Auslandseinsätzen vermittelt werden, nehme ich Herrn Würfel-Elberg durchaus ab. Auch glaube ich nicht, dass die Bundeswehr verstärkt Schulabbrecher und Arbeitslose anwerben möchte; sie ist wohl eher auf der Suche nach den Tüchtigsten. Und die lockt sie mit den verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten, von der Ärztin bis zum IT-Spezialisten.

Anders als die Berufsinformationen bewerte ich die Jugendcamps. Herr Würfel-Elberg stellt sie als informative Kontaktmöglichkeit zwischen Jugendlichen und Soldat*innen dar, aber aus meiner Sicht handelt es sich um eine Imagepflege, die auf Abenteuerlust und Erlebnishunger setzt und von der Beeinflussbarkeit junger Menschen lebt. Doch die Bundeswehr ist kein harmloser Freizeitanbieter. Gut, dass Herr Dalinghaus zumindest die Rekrutierung von Kindern eindeutig ablehnt! Der mir wichtigste Satz steht in der Antwort von Herrn Elkemann: Die Werbung für Entwicklungshelfer*innen und Friedensfachleute muss einen viel höheren Stellenwert bekommen. Und für alle Auftritte an Schulen braucht es eine Fachaufsicht und Qualitätskontrolle – dann kann auch der Forderung von Herrn Dalinghaus nach sachlicher und umfassender Information entsprochen werden.“